

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -

Tel.: **0 25 73-9 79 14 50**, Fax: **0 25 73-9 79 14 51**,

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de , Postanschrift am Ende (auf Seite 4 unten)

V.i.S.d.P. Dr. Riedel

Nr. 22/2014

15.11.2014

- 01 dbb-bundessenorenvertretung: „Mobilität ist (k)eine Altersfrage?**
- 02 Hauptversammlung der dbb bundessenorenvertretung**
- 03 Mit Impfschutz sicher und sorgenfrei durch die Grippesaison**
- 04 Zahlen und Fakten zur sozialen Sicherung in Europas Ländern**
- 05 Finanztest gibt Tipps zum Thema Vorsorgevollmacht im Streitfall**
- 06 Neuer Internetauftritt des Patientenbeauftragten**
- 07 Die Pflegestärkungsgesetze**
- 08 Pflege zu Hause organisieren - Was Angehörige wissen müssen**
- 09 Der Wald in Deutschland**
- 10 Mitmachen – Nicht meckern!**

01 dbb-bundessenorenvertretung: „Mobilität ist (k)eine Altersfrage?

Die dbb-bundessenorenvertretung wird **am 11.12.2014 in Berlin** ihre **1. Seniorenpolitische Fachtagung** „Mobilität ist (k)eine Altersfrage?“ durchführen. Im Mittelpunkt wird stehen die aktive Teilnahme älterer Menschen am Straßenverkehr, die dann immer öffentlich diskutiert und in Frage gestellt wird, wenn ein Unfall, bei dem Personen zu Schaden gekommen sind, von Senioren verursacht wurde. Wer an der Veranstaltung teilnehmen möchte, kann sich **bis zum 01.12.2014** unter Angabe der vollständigen Adresse bei der DBB-Bundessenorenvertretung in 10117 Berlin, Friedrichstraße 168/170 **anmelden** unter Telefon: 030-4081 5390, Telefax: 030-4081 5399, E-Mail: senioren@dbb.de.

02 Hauptversammlung der dbb bundessenorenvertretung

Was hat die Hauptversammlung der dbb bundessenorenvertretung jetzt im November 2014 gebracht? Im Mittelpunkt der Beratungen standen unter anderem aktuelle renten- und versorgungsrechtliche Themen sowie Fragen der Organisations- und Haushaltspoli-

tik. Für dbb-Seniorinnen und –Senioren, die nicht zu den Funktionären gehören, sind natürlich die finanziellen Zukunftsperspektiven von besonderem Interesse. Die Kritik des Deutschen Beamtenbundes an der politisch gewollten Schmälerung der Renten, einerseits durch das Vorhaben einer Senkung des Beitragssatzes im Jahr 2015 von momentan 18,9 auf 18,7 % und andererseits dadurch, dass Politiker die sogenannte „Mütterrente“ für die älteren Mütter nicht aus Steuermitteln sondern systemwidrig aus Rentenbeitragsmitteln finanzieren, lässt hoffen, dass eine Diskriminierung der Älteren nicht endlos weiter läuft, wenn solche Kritik einmal auf fruchtbaren Boden fällt. Hoffnungsvoll stimmt auch der Satz des stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und Fachvorstandes Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra: „Das Abkoppeln des Versorgungsbereichs (von der Besoldungsentwicklung) wird es mit dem dbb nicht geben“. Die Hintergründe des Lokführerstreiks, der im Zusammenhang mit der Absicht der Bundesregierung gesehen werden müsse, Tarifeinheit gesetzlich vorzuschreiben, waren auch Gegenstand der Information. Mit der Tarifeinheit wird die Koalitionsfreiheit ausgehebelt, und am Ende steht die Einheitsgewerkschaft, die niemand wollen kann, der für Tarifpluralität eintritt. (Siehe auch: Freiheit statt Tarifiediktatur! <http://www.dbb.de/cache/teaserdetail/artikel/gesetzgebung-fuer-tarifeinheit-sofort-einstellen.html>) Auch sollte man nicht übersehen, die nur noch wenigen beamteten Lockführer haben nicht gestreikt. Die Privatisierung der Bundesbahn war ein Übel. Wer einen reibungslosen Bahnverkehr will, sollte dies als staatliche Aufgabe sehen. Privatisiert funktioniert nur die übermäßige Bereicherung der Manager.

03 Mit Impfschutz sicher und sorgenfrei durch die Grippesaison

Winterzeit ist Grippezeit. Viele Menschen klagen in dieser Zeit häufiger über Husten, Schnupfen oder Heiserkeit. Neben einfachen Erkältungen breitet sich in der kalten Jahreszeit die echte Virusgrippe (Influenza) vermehrt aus. Die wichtigste Schutzmaßnahme gegen die mitunter lebensbedrohlichen Komplikationen ist eine Impfung. Die Ständige Impfkommision (STIKO) empfiehlt daher eine Gripeschutzimpfung unter anderem für **Menschen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben**, sowie für **Personen mit Grunderkrankungen wie Diabetes oder Asthma**. Auch **medizinischem Personal und Betreuern von Risikopatienten** wird zur Schutzimpfung geraten. Für sie übernehmen die Krankenkassen bzw. PKV plus Beihilfe die Kosten. Die beste Zeit für eine Gripeschutzimpfung ist vor dem Dezember. Dann liegen saisonale Impfstoffe vor, die sich aus Bestandteilen der aktuell weltweit zirkulierenden Virustypen zusammensetzen. Der Körper benötigt nach einer Gripeschutzimpfung zehn bis 14 Tage, um einen Impfschutz aufzubauen.

Einige Tipps für den Alltag können zudem helfen, die Ausbreitung der Grippe einzuschränken. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) informiert beispielsweise über hilfreiche Hygienemaßnahmen für die Influenzasaison: Gründliches Händewaschen und das Abstandhalten zu niesenden oder hustenden Personen sind die Empfehlungen zum Gripeschutz.

Durch eine Impfung schützen Geimpfte nicht nur sich selbst, sondern auch Andere, da die Impfung die Weiterverbreitung der Influenzaviren einschränkt.

www.bmg.bund.de/ministerium/presse/pressemitteilungen/2014-04/jetzt-impfen-lassen.html

04 Zahlen und Fakten zur sozialen Sicherung in Europas Ländern

Warum wollen Rumänen, Bulgaren, Serben und viele andere nach Deutschland? Die o.a. Publikation des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gibt einen Überblick

über Europa, die einzelnen Länder Europas, deren politisches System und ihre Sozialleistungen immer im Vergleich zu Deutschland und zur EU.

Die Broschüre kann über folgenden Link gelesen oder bestellt werden:

http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMAS/a871-die-laender-europas_163718.html?nn=670290

oder über den Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Servicetelefon: 030 18 272 272 1, Servicetefax: 030 18 10 272 272 1

Keinen Internetanschluss? Kein Problem! Schreiben Sie eine Postkarte an BRH-aktuell (Anschrift auf Seite 4 unten) – wir bestellen die Broschüre für Sie.

05 Finanztest gibt Tipps zum Thema Vorsorgevollmacht Wenn es Streit um die Vollmacht gibt

Vorsorgevollmachten helfen, wenn man allein nicht mehr in der Lage ist, wichtige Entscheidungen zu treffen. Oft entstehen jedoch Streitigkeiten zwischen Bevollmächtigten und Angehörigen. Finanztest erklärt, **wie man diese Streitigkeiten verhindern bzw. klären kann.**

Hier lesen Sie den Artikel aus Finanztest Heft 10/2014:

<https://www.test.de/Vorsorgevollmacht-Wenn-es-Streit-um-die-Vollmacht-gibt-4752190-0/>

06 Neuer Internetauftritt des Patientenbeauftragten

Der Internetauftritt des **Patientenbeauftragten und Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung**, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, hat ab sofort ein neues Layout. Die Seite ist sowohl inhaltlich als auch optisch komplett überarbeitet worden. Sie ist übersichtlicher und einfacher zu bedienen und bietet deutlich mehr Informationen:

<http://www.patientenbeauftragter.de>

07 Die Pflegestärkungsgesetze

Die Bundesregierung bringt 2014 das erste von zwei Gesetzen auf den Weg, um die Pflegeversicherung als wichtige sozialpolitische Errungenschaft zwanzig Jahre nach ihrem Aufbau umfassend zu stärken. Grundgedanke der Neuerungen ist, Leistungen der Pflegeversicherung zu verbessern und noch stärker auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Menschen auszurichten. Außerdem wird die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung gestärkt. Die Neuerungen reichen von Leistungsverbesserungen ab 2015 (Pflegestärkungsgesetz 1) bis hin zur darauf aufbauenden Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs (Pflegestärkungsgesetz 2). Damit wird dann umgesetzt, was Fachleute aus Praxis, Wissenschaft und Politik empfehlen. Das Bundesgesundheitsministerium legt besonderes Augenmerk darauf, die Neuerungen im Austausch mit der Praxis zu erproben, bevor sie eingeführt werden. Mehr Informationen finden Sie unter:

www.bmg.bund.de/pflegestaerkungsgesetze

Ein 5-seitiger Flyer gibt einen Überblick über die geplanten Verbesserungen.

Er kann über folgenden Link gelesen oder bestellt werden:

http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMG/_2458.html?nn=670290

oder über den Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Servicetelefon: 030 18 272 272 1, Servicetefax: 030 18 10 272 272 1

Keinen Internetanschluss? Kein Problem! Schreiben Sie eine Postkarte an BRH-aktuell (Anschrift auf Seite 4 unten) – wir bestellen die Broschüre für Sie.

08 Pflege zu Hause organisieren - Was Angehörige wissen müssen

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen möchte mit diesem Ratgeber pflegenden Angehörigen helfen, die organisatorischen Aufgaben zu bewältigen, aber auch Tipps zu finanziellen Fragen, zur eigentlichen Pflege und zum Umgang mit Konflikten und emotionalen Belastungen geben.

- Welche Leistungen stehen Pflegebedürftigen zu?
- Was sind Hilfsmittel und wie kommt man an sie heran?
- Wie lässt sich die Wohnung umgestalten?
- Welche Aufgaben dürfen Angehörige übernehmen?
- Wer hilft bei der Pflege?
- Wie lässt sich der Pflegealltag strukturieren?

Mehr als zwei Drittel aller pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Manche Pflegebedürftige brauchen zwar Unterstützung bei bestimmten Tätigkeiten wie dem Waschen, können aber gut ihre eigenen Angelegenheiten regeln. Häufig müssen jedoch Angehörige einspringen. Sie organisieren die Pflege, kümmern sich um finanzielle Fragen, engagieren Pflegedienste. Das Buch richtet sich bewusst an pflegende Angehörige, weil sie vor einer Fülle an Fragen stehen, und an die Pflegebedürftigen, die ihre Angelegenheiten noch selbst in die Hand nehmen können.

Der Ratgeber ist über folgendem Link zum Preis von 9,90 € zzgl. Versandkosten zu bestellen: <http://www.ratgeber-verbraucherzentrale.de/pflege-zu-hause-organisieren> oder über Bestell-Telefon: 0211 38 09 555 bzw. Bestell-Faxnummer: 0211 38 09 235

09 Der Wald in Deutschland -

Die Bundeswaldinventur von Oktober 2014 hat 11,4 Mio. Hektar Wald erfasst. Über 98 Prozent davon sind begehbar. In einer Broschüre werden ausgewählte Ergebnisse dieser dritten Bundeswaldinventur beschrieben. Mit insgesamt rund 10,9 Mio. Hektar ist der sog. "Holzboden" (dauernd zur Holzproduktion verwendete Fläche) die größte Flächenkategorie (95 Prozent). Die meisten Ergebnisse der Bundeswaldinventur beziehen sich auf den Holzboden. Auf den "Nichtholzboden" entfallen die restlichen knapp 365.000 Hektar oder 3 Prozent der Waldfläche. Er erfüllt wichtige Funktionen für den Forstbetrieb (z. B. als Holzlagerplätze), für die Erholung (z. B. Waldwege) und als Lebensraum für licht- und wärmebedürftige Tier- und Pflanzenarten. Die vielfältigen Leistungen des Waldes gehen von seiner ganzen Fläche aus.

Die Broschüre kann auf der Publikationenliste über folgenden Link gelesen oder bestellt werden: http://www.bmel.de/DE/Service/Publikationen/publikationen_node.html

Keinen Internetanschluss? Kein Problem! Schreiben Sie eine Postkarte an BRH-aktuell (Anschrift auf Seite 4 unten) – wir bestellen die Broschüre für Sie.

10 Mitmachen – Nicht meckern!

Beim „BRH-AKTUELL“ sollen Ihre Wünsche und Vorstellungen als BRH-Mitglied und nicht die Interessen von Gewerkschaftsfunktionären im Vordergrund stehen. Sie als Leser sollten mitgestalten. Schreiben Sie **Leserbriefe, von 5 bis 10 Zeilen, für den „BRH-AKTUELL“**. Schön wäre es, wenn Sie **Kontakt zu uns halten** und uns hin und wieder **mitteilen, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit uns sind**. Haben Sie z.B. **eigene Vorschläge**? Wir freuen uns über jegliche Art der Anregung und auch Kritik.

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de

Postanschrift: BRH-aktuell, c/o Riedel, Dreiningfeldstr. 32, 48565 Steinfurt